

Einschätzung der Oberbürgermeisterkandidaten

Der Vorstand der Partei Die Linke Neumünster hat mit drei Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters ausführliche Gespräche geführt. Die Gespräche fanden in folgender Reihenfolge in unserem Büro bzw. coronabedingt online per Videokonferenz statt:

1. Mit dem Rundfunk-Journalisten und Stadteilvorsteher in Einfeld Sven Radestock für die Grünen.
2. Mit dem studierten Volkswirt und Inhaber einer Beratungsfirma und ehemaligen Präses der IHK Hamburg Tobias Bergmann für die SPD.
3. Mit dem Versicherungsvertreter Memet Celic als unabhängigen Kandidaten.
4. Mit dem amtierenden Bürgermeister haben wir bisher kein Gespräch geführt, da er am besten durch seine Amtsführung beurteilt werden kann.

Wir bemühen uns die Resultate der Gespräche aus der Erinnerung und öffentlichen Quellen möglichst objektiv wiederzugeben.

Die Kandidaten

1. Sven Radestock (Grüne)

Sven Radestock hat uns menschlich überzeugt. Er kennt sich mit der Kommunalpolitik in Neumünster sehr gut aus.

Neben den üblichen Aussagen wie z.B. enge Zusammenarbeit mit den Stadtteilbeiräten, Jugend- und Seniorenbeiräten, der Ratsversammlung und Bürgernähe, gab es auch konkrete Aussagen.

Er will sich für den Ausbau des ÖPNV, für ein durchgehendes Fahrradstraßennetz einsetzen und auch für einen durchgehenden farbigen Fahrradweg auf dem Großflecken.

Neumünster soll langfristig klimaneutral werden. Bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften will er sich für den Erhalt und den überwiegenden Bau kostengünstiger Sozialwohnungen einsetzen.

Er will die Sicherheit in der Stadt verbessern.

Die Grünen unterstützen inzwischen den Verkauf von Teilen der Stadtwerke, was wir strikt ablehnen. Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand, selbst CDU-Bürgermeister versuchen Privatisierungen rückgängig zu machen.

Unser erster Eindruck war, dass jemand der besser als Sven Radestock sein will, schon sehr gut sein muss.

2. Tobias Bergmann (SPD)

Tobias Bergmann hat durch seine Beratertätigkeit viele Rathäuser von innen gesehen und kennt sich daher mit Verwaltungen sehr gut aus. Als studierter Volkswirt kann er die Finanzen der Stadt bestens überblicken.

2017 gewann ein Bündnis die Wahlen der Industrie und Handelskammer Hamburgs und er wurde ihr Präses. Sie demokratisierten die Organisation, stoppten die Verschwendung von Mitgliedsbeiträgen, setzten der Selbstbedienungsmentalität ein Ende und senkten die Beiträge für über 95% der Mitglieder. Er kann also die Stadtverwaltung effektiver und bürgerfreundlicher organisieren. Um Missverständnissen vorzubeugen: Das soll das nicht heißen, dass obige Maßnahmen in NMS nötig wären. Der Blick von außen auf die politischen Verhältnisse in Neumünster kann hilfreich sein und neue Lösungswege eröffnen.

Neben den üblichen Aussagen wie z.B. enge Zusammenarbeit mit den Stadtteilbeiräten, Jugend- und Seniorenbeiräten, der Ratsversammlung und Bürgernähe, gab es auch konkrete Aussagen. Er will sich für den Ausbau des ÖPNV, für ein durchgehendes Fahrradstraßennetz einsetzen und auch für einen durchgehenden farbigen Fahrradweg auf dem Großflecken. Neumünster soll langfristig klimaneutral werden. Bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften will er sich für den Erhalt und den überwiegenden Bau kostengünstiger Sozialwohnungen einsetzen.

Soziale Dinge sind für ihn sehr wichtig. Er will mehr Unterstützung für alle, die sie brauchen, gute Betreuung für unsere Kinder, vielfältiges Leben in Neumünster fördern.

Er will die Sicherheit in der Stadt verbessern und sich um die „dunklen Ecken“ kümmern.

Er ist bereit konsequent gegen die rechtsradikalen Umtriebe in unserer Stadt vorzugehen und den Druck auf diese zu erhöhen.

Einem Verkauf der Stadtwerke oder auch nur Teilen von ihnen steht er ablehnend gegenüber.

Er bemüht sich um die bevorzugte Ansiedlung von Betrieben mit qualifizierten Arbeitsplätzen und Tarifbindung. Die nötigen Beziehungen dazu stammen u.a. aus seiner Zeit als Präses der IHK Hamburgs. Neumünster braucht Industriearbeitsplätze.

Sein Nachteil ist vielleicht, dass er Neumünster noch nicht so gut kennt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass uns auch Tobias Bergmann menschlich sehr überzeugt hat. Darüber hinaus bekennt er sich erstaunlich offen zu den von seiner Partei in jüngster Zeit begangenen politischen Fehlern, wie Beteiligung am Kosovo-Krieg oder Einführung von HARTZ-IV. Abschließend kann festgehalten werden, dass wir uns die Zusammenarbeit mit ihm und einer von ihm beeinflussten SPD Neumünster in vielen Bereichen gut vorstellen können.

3. Memet Celic (unabhängig)

Memet Celic ist Chef einer Versicherungsvertretung.

Neben den üblichen Aussagen wie z.B. enge Zusammenarbeit mit den Stadtteilbeiräten, Jugend- und Seniorenbeiräten, der Ratsversammlung und Bürgernähe, gab es auch konkrete Aussagen.

Er kandidiert, weil er sich für die Interessen der Unternehmer einsetzen will.

Der Großflecken hat für ihn keine Priorität. Er will die Sicherheit in der Stadt verbessern.

Berufsbedingt kann er etwas gut verkaufen, trotzdem wirkte er politisch ausgesprochen naiv.

Sein Wahlkampf-Slogan „Neumünster ist super“ wirkt widersprüchlich populistisch, zumal Memet Celic dann aufzählt, was alles verbessert werden müsste. So „super“ kann Neumünster dann ja wohl nicht sein...

Er trat in sozialen Netzwerken mit einer Person auf, die mit Faschisten kooperiert und konnte sich davon aber nicht klar distanzieren.

Schon aus diesem Grund verbietet sich für uns eine Unterstützung des Kandidaten.

4. Dr. Olaf Tauras (CDU)

Der bisherige Bürgermeister hat für einen CDU-Mann eine gut vorzeigbare Bilanz seiner bisherigen Amtszeit abgeliefert, allerdings auch mit Schattenseiten. Dr. Tauras gilt als Wirtschaftslobbyist. Positiv ist, dass Unternehmen in Neumünster angesiedelt wurden. Es wurden allerdings hauptsächlich Unternehmen aus der Logistikbranche mit überwiegender Beschäftigung im Niedriglohnsektor angesiedelt. Das bedeutet wenig Wertschöpfung und viel Umweltbelastung durch Lastwagenverkehr und Flächenversiegelung. Für das im Industriegebiet Süd errichtete Milchwerk und Käserei musste die Kläranlage erweitert werden. Die Abwässer führten zu erheblichen Geruchsbelästigungen.

Mit dem Designer Outlet Center sollte Kaufkraft von anderen Städten abgezogen und nach Neumünster gelenkt werden. Das gelang teilweise, aber auf Kosten der Innenstadt.

Zur Aufwertung der Innenstadt standen zwei Projekte mit etwa gleich großer Verkaufsfläche zur Auswahl: Ein Neubau auf dem Karstadt-Gelände und dazu ein Parkhaus. Durch die Integration des Karstadt-Kaufhauses sollten nur ca. 5000 m² zusätzliche Verkaufsfläche entstehen. Gegen das eindeutige Votum der Bürgerversammlungen wurde dann die Holstengalerie mit ca. 25000 m² zusätzlicher Verkaufsfläche auf dem bereits sanierten Sager-Gelände gebaut. Dafür gibt es in Neumünster nicht genügend Kaufkraft mit der Folge, dass es etliche Leerstände gibt und letztlich auch Karstadt geschlossen wurde. Auch hier haben wir überwiegend Beschäftigung im Niedriglohnsektor. Die negativen Folgen waren voraussehbar. Der OB hat es versäumt rechtzeitig ein Innenstadtkonzept zu entwickeln.

In der CDU Neumünster gibt es offensichtlich strukturelle Probleme und interne Querelen, so dass die zunächst vorgesehene Kandidatin, Frau Jutta Schlemmer, aufgegeben hat. In dem internen Machtkampf hat sich inzwischen auch der Vorsitzende Fehrs selbst abgeschossen und die Interimsvorsitzende Frau Schättiger ist zurückgetreten. Der Kreisverband der CDU hat keinen Wahlparteitag für ihren Kandidaten Dr. Tauras organisieren können. Er tritt als Einzelkandidat an. Das Problem ist die CDU selbst.

Man sagt, dass Herr Dr. Tauras amtsmüde geworden sei und ein Landtagsmandat angestrebt habe. Da die Umorientierung nicht geklappt hat, steht er der CDU nun wieder als Oberbürgermeisterkandidat zur Verfügung. Das wirkt wie ein schlechter Witz und wie der berufliche Rettungsanker eines Mannes, dessen alternative Karriereambitionen sich gerade in Luft aufgelöst haben. Wer mag da noch glauben, dass dieser Kandidat die erforderlichen Veränderungen in Neumünster motiviert und dynamisch angehen wird?

Grundsätzliche Bemerkungen

Hier möchten wir zu zwei Themen einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Schließlich sollte man über das Klein-Klein der Kommunalpolitik grundsätzliche Dinge nicht vergessen. Also global denken, lokal handeln.

Klima und Umweltschutz

Die beginnende Klimakatastrophe zeigt sich noch relativ harmlos mit Wärmerekorden und einer stark steigenden Zahl der Hitzetoten in Deutschland (über 20 000 in 2018 „Tagesschau.de“). Sie zeigt sich mit einer drastischen Zunahme von Tropenstürmen, Hitze- und Trockenperioden, Ernteausfällen, katastrophalen Waldbränden, Überschwemmungen, der Ausbreitung tropischer Schadinsekten und Tropenkrankheiten. So weit, so schlecht.

Wenn wir so weitermachen wie bisher (Es ist der Worst-Case der Berechnungsbasis der Klimamodelle.), werden Kippunkte des Klimas überschritten und die Klimakatastrophe wird unumkehrbar. Das bedeutet, dass die Polkappen im Laufe von einigen Jahrhunderten abschmelzen. Der daraus folgende Meeresspiegelanstieg von deutlich über 70 m ist gut berechenbar. Im Überschwemmungsbereich leben dreiviertel der Menschen und liegen die fruchtbarsten Tieflandebenen. Man kann sich nicht ausmalen welche Hungerkatastrophen das Absaufen von etwa dreiviertel der Nahrungsproduktion auslösen. Hinzu kommen noch die übrigen Auswirkungen der Erderwärmung.

Mal auf den Punkt gebracht:

Die Menschheit muss lernen in Jahrhunderten zu denken und zu handeln, für den Finanzinvestor muss die nächste Quartalsbilanz gut aussehen.

Die Lobbyisten-Parteien der alten Industrien reden viel von Klimaschutz. Sie haben seinerzeit die weltweit führende deutsche Solarindustrie abgewürgt. Für die Zukunftsindustrie Windkraft wurde in

Schleswig-Holstein ein Baustopp durchgesetzt. Ob es gelingt die Industrie wieder so zu beleben, dass der technologische Vorsprung erhalten bleibt, ist fraglich.

Auf der anderen Seite werden die alten Kohle und Nuklearindustrien mit Multimilliardenbeträgen abgefunden. Mit 37 Milliarden € direkter Subventionen im Jahr dazu noch 17,8 Mrd € für CO² Zertifikate werden die fossilen Energieverbraucher subventioniert. Summe: 54,8 Mrd €

LINKE Klimapolitik legt sich mit den mächtigsten Konzernen der Welt an, die alles daran setzen, um weiter am fossilen Turbo-Kapitalismus zu verdienen.

LINKE Klimapolitik stellt die Interessen der Menschen, Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit, in den Mittelpunkt.

System Change! Not Climat Change

Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Es wird propagiert, dass Privatisierung viel wirtschaftlicher ist und eine Win-Win Situation bestehe.

Es besteht allerdings grundsätzlich ein Zielkonflikt:

Die Politik sollte am Gemeinwohl orientiert sein. Das Hauptziel eines Unternehmens dagegen ist die Gewinnmaximierung für seine Eigentümer. Die privaten Firmen wollen im Allgemeinen zweistellige Profitraten mit geheimen Verträgen realisieren. In Zeiten von Negativzinsen ist die Beteiligung von Unternehmen grundsätzlich unwirtschaftlich. Beliebt ist es auch, dass die Privaten die tariflich bezahlten Vollzeitkräfte durch Billiglöhner ersetzen, die dann staatliche Unterstützung brauchen.

Nur 3 von vielen Beispielen:

Der Ausbau der A7 von Hamburg bis Neumünster wurde an ein privates Konsortium gegen den Willen der Landesregierung Schleswig-Holsteins vergeben. Das Konsortium betreibt die Autobahn für 30 Jahre und kassiert die Mauteinnahmen. Das wurde vom Bundesrechnungshof als unwirtschaftlich gerügt, da der Bau in Eigenregie wesentlich billiger geworden wäre.

Die Stadtwerke Neumünster investierten über die Jahre viel in das Stromnetz und brachten es in einen Top-Zustand. In den Netzen ist übrigens der größte Teil des Kapitals der Stadtwerke gebunden. Dann verkauften sie es an eine EON-Beteiligungsgesellschaft, die es jetzt wohl wieder herunterwirtschaftet. So lässt es sich wunderbar argumentieren, dass der Betrieb durch die Kommune zu teuer ist.

Es muss der Verkauf der Stadtwerke oder von Teilen davon verhindert werden.

Als letztes Beispiel möchten wir kurz privatisierte Krankenhäuser betrachten.

Krankenhauskonzerne maximieren ihren Profit. Das wird im Wesentlichen erreicht, indem die Leute mit Billiglöhnen abgespeist werden, so wenig wie möglich Personal und Ressourcen vorgehalten werden und möglichst viele teure (auch unnötige) Operationen durchgeführt werden. Das wird durch die Fallpauschalen der Krankenkassen begünstigt. Da es fast keine Reserven gibt wird alles optimal profitabel ausgenutzt. In der Corona-Krise wirken sich die mangelnden Reserven katastrophal aus.

Übrigens hat die Diakonie/Caritas gerade verhindert, dass der für Altenpflege geltende Tarifvertrag allgemeinverbindlich wurde und damit auf die Privaten ausgedehnt wurde. Die brauchen noch keine anständigen Gehälter zu zahlen.

Das Friedrich Ebert Krankenhaus in Neumünster wurde zum Glück noch nicht verkauft.

Das Ziel der Privatisierung ist es unsere Steuergelder in private Taschen zu schaufeln. Eine Win-Win Situation ist selten, auch dabei wird Steuergeld in private Taschen transferiert.